

Bezugspreis:
Einzeltitel 30.— M., monatl. 12.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Ver-
trag: Monatlich 12.— M., einjähr. 120.—
M., einschließl. Postgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Ungarn 22.— M., für
das übrige Ausland 26.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dän-
emark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 151 95-97
Expedition Morisplatz 117 53-54

Dienstag, den 25. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morisplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:
Die neugegründete Kompagniegesellschaft
liefert 6.— M. „Kleine Anzeigen“
das istgedruckte Wort 2.— M. (un-
lässig zwei getragene Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellengedruckte
und Schloßanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 200 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerrennungsaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Beauftragt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Wiederkehr der alten Koalition?

Scherben.

Heute morgen hieß es hier: In welcher Form die Regierungskrise ihre Lösung finden wird, ist ungewiß. Gegenüber voreiligen Prophezeiungen ist größte Vorsicht am Platze.

Wie notwendig diese Warnung vor voreiligen Prophezeiungen war, sieht man, wenn man einen Blick auf die übrige Morgenpresse wirft. Das „Berliner Tageblatt“ verfiel seine Meinungen zur Regierungskrise mit der zuverlässigsten Ueberschrift „Vor der Bildung der großen Koalition“. Die „Vossische Zeitung“ beilegt ihre Ausführungen „Aussicht auf die große Koalition“ und konstatiert einen „wesentlichen Fortschritt“ der Verhandlungen.

Indes — es fiel ein Reif in der Octobernacht. Nach den mühseligen vier Stunden langen Beratungen beim Reichspräsidenten tagte von 10 bis 12 Uhr nachts noch die Fraktion der Deutschen Volkspartei. Ueber ihr Ergebnis berichtete die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ heute morgen, also zur selben Stunde, in der die demokratische Presse die große Koalition als beinahe schon fertig betrachtete, das folgende:

Die Deutsche Volkspartei lehnte einstimmig die Zustimmung zu der Erklärung der interfraktionellen Besprechung ab und scheidet damit aus der Koalition aus. Ein neues Kabinett Wirth erscheint danach sehr wahrscheinlich.

Was war vorgefallen? Das Drängen der Demokraten auf Heranziehung der Volkspartei zur Koalition mußte selbstverständlich den Glauben erwecken, daß wenigstens zwischen diesen beiden Parteien eine gewisse Uebereinstimmung in der Beurteilung der nächsten brennenden Fragen vorhanden sei. Es stellte sich aber heraus, daß sich nicht einmal Volkspartei und Demokraten über die Politik der nächsten drei Tage einigen konnten! In internen Verhandlungen besprachen die beiden Parteien die Doktorfrage, ob die Entsendung eines Kommissars, wie sie in der Pariser Note gefordert wird, die Anerkennung der Entscheidung über Oberschlesien in sich schließt. Im Verlaufe dieser Beratungen kamen die Staatsmänner der Volkspartei wirklich — es ist kein Scherz! — auf die läppische Idee, man solle die Entente darüber befragen.

Die Entente weiß sehr genau, daß wir die Teilung Oberschlesiens als gar nichts anderes „anerkennen“, denn als eine durch die Macht der geschichtlichen Entwicklung geschaffene Tatsache. Dieser „Anerkennung“ können wir uns nicht entziehen, so wenig sich z. B. die Monarchisten der „Anerkennung“ der Tatsache entziehen können, daß Deutschland eine Republik ist, oder wie wir Sozialisten uns der „Anerkennung“ der Tatsache entziehen können, daß die Weltwirtschaft heute noch kapitalistisch ist. Eine besondere Erklärung darüber, daß wir die Entscheidung über Oberschlesien für ein durch die Weisheit und Berechtigtheit des Völkerbundes geheiltes Faktum halten, ist von uns nicht verlangt worden. Würden wir aber nun an die Entente die Frage richten, ob die Entsendung eines Kommissars in diesem Sinne eine „Anerkennung“ der Entscheidung bedeute, dann würde die Entente zwar diese Frage mit Recht für unsäglich albern halten. Es bliebe ihr aber gar nichts anderes übrig, als sie mit einem lauten Ja zu beantworten.

Der vorkparteiliche Vorschlag lag also außerhalb jeder ernstlichen Erwägung, und die interfraktionelle Sitzung konnte sich mit ihm nicht ernstlich beschäftigen. Es wurde hier in der Frage der Entsendung des Kommissars eine Auffassung formuliert, die die Zustimmung der drei alten Koalitionsparteien fand, während die Volksparteiler Bedenken äußerten und erklärten, sie müßten darüber noch ihre Fraktion befragen. Nun ist die Entscheidung der Fraktion gefallen, sie lautet auf einstimmige Ablehnung der von den drei alten Koalitionsparteien — mit einigen Nuancen — vertretenen Auffassung, und es wird, scheinbar parteiamtlich, erklärt, daß die „große Koalition“ gescheitert sei.

Mit anderen Worten: Seit der mutwilligen Herbeiführung dieser Krise durch die Demokraten ist man keinen Schritt weiter gekommen. Wieder einmal hat die Sozialdemokratie mit ihren Warnungen recht behalten, wieder einmal hat man ihre Warnungen in den Wind geschlagen, und nun hat man die Weisheit. Man debattiert von einem Scherbenhaufen und weiß nicht, was man aus ihm aufbauen soll, während die Stunde eine Entscheidung verlangt. Es ist schon Dienstag, Donnerstag soll der Kommissar benannt sein und noch immer weiß niemand, was werden soll!

Die rasche Wiederherstellung des Kabinetts Wirth ist unter diesen Umständen das von selbst gegebene. Aber wieder einmal hängt die Sache bei den Demokraten. Die Demokraten haben ihr letztes Schiffchen, dessen Segel kein Optimis-

Die Deutsche Volkspartei lehnt ab.

Berlin, 25. Oktober. (TL.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschloß in der Nachmittags auf heute einstimmig die Ablehnung der Genfer Entscheidung und der Entsendung von Sachverständigen. Sie wird ihren Beschluß mit Begründung dem Reichspräsidenten in einem Briefe mitteilen.

Bei Redaktionsschluß wird der folgende Wortlaut des Antwortschreibens der Deutschen Volkspartei mitgeteilt.

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei nahm gestern abend zu den Verhandlungen beim Reichspräsidenten Stellung. Die Fraktion beschäftigte sich dabei vor allem mit der Haltung, die von einer neu zu bildenden Regierung gegenüber der ober-schlesischen Frage eingenommen werden soll. Die Fraktion hat in der ober-schlesischen Frage unverändert an dem Standpunkt festgehalten, daß die Entsendung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen nach dem Wortlaut der Mantelnote die Anerkennung der ober-schlesischen Entscheidung in sich schließt, und daß daran auch durch eine Rechtsverwahrung nichts geändert werde. Die Fraktion war der Auffassung, daß Regierung und Reichstag unter diesen Umständen deutlich erklären müßten, daß sie die Bedingungen der Entente, die uns deutsches Land entreißen und selbst in dem uns verbleibenden Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufheben, nicht annehmen können und daß dies gegenüber der Entente klar zum Ausdruck gebracht werden müsse.

In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigten sich aber in der Behandlung dieser Frage weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Der Versuch, für die an der Verhandlung beteiligten Fraktionen eine Einigungsformel zu finden, führte nicht zu einem Ergebnis, das von der Deutschen Volkspartei als ihrem Standpunkte entsprechend angesehen werden konnte. Die Fraktion kam infolgedessen einmütig zu der Ueberzeugung, daß eine Grundlage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Aussicht genommenen Parteien derzeit nicht gegeben sei. Wenn der Standpunkt der Deutschen Volkspartei Anerkennung finde, müsse damit gerechnet werden, daß

die Entente unter Umständen durch Zwangsmassnahmen Deutschland zur offiziellen Anerkennung der ober-schlesischen Entscheidung zu bringen versuche.

Alle Parteien, welche die neue Regierung bilden, müßten dann eingeschlossen sein, diesen Zwangsmassnahmen gegenüber Widerstand zu leisten. Diese Auffassung der Deutschen Volkspartei wird aber nicht von allen Parteien geteilt, die für die neue Regierungsbildung in Betracht kommen, und deshalb besteht die Gefahr, daß ein jetzt gebildetes Kabinett, selbst wenn man sich über die Formel der ober-schlesischen Frage einigt, in kurzer Zeit wieder zusammenbrechen könnte, sobald Differenzen über diese Frage entstanden. Angesichts dieser Sachlage kann sich die Deutsche Volkspartei an der Regierungsbildung nicht beteiligen. Dieser Vorschlag bedeutet aber keineswegs eine Absage an den Gedanken der großen Koalition, dem zuliebe die Fraktion in den stattgehabten Verhandlungen bis zur Grenze des Möglichen nach einer Verständigung gesucht hat. Sie betrachtet jedoch die an sich bedeutsamen Fragen der inneren Politik, die bei einer Koalition zu berücksichtigen waren, nicht vom Standpunkte einseitiger Parteipolitik, sondern von dem Standpunkte aus, daß hierüber eine Verständigung unter allen Umständen gesucht werden müsse. So hat die Fraktion bei den vorangegangenen Verhandlungen selbst weitgehende Vorschläge für Besitz- und Spekulationssteuern gemacht, um dadurch eine Einigung in der Steuerfrage herbeizuführen. Alle diese Gesichtspunkte aber müßten zurücktreten, wenn es sich um die ober-schlesische Frage handelt. Hier geht es um mehr als Spa, hier geht es um mehr als beim Ultimatum, denn jetzt handelt es sich nicht um Kohlenlieferungs- oder um Goldleistungen, sondern es handelt sich um deutsches Volk und deutsches Land. Wenn wir diese Vergewaltigung mittelbar oder unmittelbar hinnehmen, dann ist das Ende dessen, was man uns noch weiter an Unrecht und Gewalt antut, nicht abzusehen.

Deshalb konnte die Deutsche Volkspartei in dieser Frage nur einer Formel zustimmen, die die Ablehnung deutlich ausdrückte und mußte sich, nachdem diese Formel in diesem Sinne nicht gefunden wurde, von den Verhandlungen zurückziehen.

mus mehr blüht, so fest an das Schiff der Deutschen Volkspartei gebunden, daß sie nicht wissen, wie sie wieder loskommen sollen. Man spricht sogar von einem Geheimabkommen, das die Demokraten verpflichte, ohne die Volkspartei nicht wieder in die Regierung zu gehen. Das wäre noch schöner, wenn in der Zeit der parlamentarischen Demokratie das Schicksal des deutschen Volkes durch die Geheimdiplomatie von Fraktionsführern bestimmt würde!

Das Zentrum erklärt wie im Mai, nicht ohne die Demokraten in die alte Koalition zurückkehren zu wollen. Die Unabhängigen sagen, sie gingen überhaupt in keine Regierung mit bürgerlichen Parteien zusammen, für eine rein sozialistische Regierung gibt es aber keine Mehrheit im Reichstag, abgesehen davon, daß es geradezu ein sadistisches Vergnügen wäre, wenn heute die sozialistischen Parteien allein die Regierung übernehmen und die Bürgerlichen von jeder Mitverantwortung an dem von ihnen herbeigeführten Zustand entbinden wollten.

Dieses Bild des Augenblicks, das sich natürlich im nächsten Augenblick wieder ändern kann, zeigt, wie ungeheuer schwierig die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist, die darin besteht, der einfachen politischen Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Aber die Stärke ihrer Stellung liegt darin, daß sie diese sinnlose und unheilvolle Krise nicht gewollt, daß sie sich ihr mit allen Kräften, leider vergebens, widersetzt hat, und daß die ganze Wucht der Verantwortung diejenigen bürgerlichen, d. h. vor allem demokratischen Führer trifft, deren Kunst sich bisher nur im Verwirren und Zerstoren, aber nicht im Ordnen und Wiederaufbauen bewährt hat. Diese Führer müssen in letzter Stunde einsehen, daß es um mehr geht als um ihre demokratische Partei, der, wie es scheint, ja nach ihrer eigenen Ansicht überhaupt nicht mehr zu helfen ist, das es um das Schicksal des deutschen Volkes geht, das nicht zum Spielball hilfloser parteitaktischer Spekulationen gemacht werden darf.

Um 10 Uhr trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen. Ihre Vertreter bei der gestrigen Sitzung beim Reichspräsidenten erstatteten Bericht über die Verhandlungen. Sie wurden alsbald wieder zum Reichspräsidenten berufen, da die durch die Abgabe der Deutschen Volkspartei geschaffene neue Lage sofortige erneute Beratungen erforderte. Die Reichstagsfraktion sollte um 12 Uhr wieder zusammentreten. Da aber ihre Vertreter bis dahin von den Beratungen beim Reichspräsidenten noch nicht wieder zurück waren, wurden die Sitzungen bis 2 Uhr vertagt.

Nach dem Scheitern der großen Koalition drehen sich die Beratungen jetzt um die Wiederaufrichtung der alten Koalition.

Besserung der Mark.

Heute machte sich an der Berliner Börse unter dem Eindruck der Liquidierung des ungarischen Abenteuerers und der Hoffnung auf eine Neubildung des Kabinetts eine festere Stimmung für die Mark bemerkbar. Ausländische Zahlungsmittel wurden infolgedessen niedriger als gestern bewertet. Der Dollar schwankte zwischen 162 und 165.

In Börsenkreisen erhielten sich die Gerüchte über bevorstehende Fusionen innerhalb der großen Berliner Banken aufrecht. Die Mitteldeutsche Kreditbank erhöhte bereits ihr Aktienkapital um 50 Millionen Mark. Ferner erwartet man große organisatorische Umstellungen in der ober-schlesischen Industrie.

Wiedergutmachung und Washington.

London, 25. Oktober. (TL.) Laut „Daily Telegraph“ haben die führenden Bankiers Amerikas den Präsidenten Harding überzeugt, daß die Delegierten der anderen Länder auf der Washingtoner Konferenz weniger Begeisterung für eine Beschränkung der Rüstungen zeigen werden, wenn nicht auch die internationalen Finanzfragen zur Erörterung kommen. Zahlreiche Ratgeber des amerikanischen Präsidenten seien der Ansicht, daß die Weigerung der Vereinigten Staaten, Frankreich irgendeine militärische Garantie gegen einen deutschen Angriff zu geben, durch die Erklärung gemildert werden könnte, daß die Vereinigten Staaten einen Anteil bei der Garantie der Reparationszahlungen übernehmen würden. Es werde vorgeschlagen, daß die amerikanische Regierung, falls Deutschland einen Teil der an Frankreich geschuldeten Reparationszahlungen nicht zahlen könne, Frankreich einen gleichen Teil seiner Schuld an die Vereinigten Staaten erlassen soll.

Ausnahmsweise keine Munition! Die „Kote Fahne“ berichtet kürzlich von großen Munitionslagern im Hamburger Hafen. Wie uns von unterrichteter Seite hierzu mitgeteilt wird, handelt es sich jedoch tatsächlich um einige Kisten mit Drahtstiften, die von einer deutschen für eine holländische Firma bestimmt sind. Die irrtümliche Meldung war dadurch entstanden, daß die Kisten zum großen Teil noch die alten Aufschriften, wie „Gewehrmunition“, „Munition“ usw. trugen. Die Firma sollte sich angelegen sein lassen, diese irreführenden Titel zu entfernen, die auch im Auslande einen nicht gerade vertrauenerweckenden Eindruck hervorrufen müßten.

Zeitungsverbote im besetzten Gebiet. Die „Bäcker Stg.“ und das „Rheinische Volksblatt“ sind durch die französischen Behörden auf drei Tage verboten worden.

Beamtenfreunde unter sich.

Die deutschmonarchistischen Gutsbesitzerkreise suchen sich in den Parlamenten wie in Versammlungen als besondere Förderer und Anhänger der Beamteninteressen aufzuspielen. Wie es mit dieser Beamtenfreundschaft in Wirklichkeit steht, konnten wir schon oft an zahlreichen Beispielen nachweisen. Heute wird uns ein Schreiben zur Verfügung gestellt, das leider schon vom Januar d. J. datiert ist, jedoch auch jetzt noch sein Interesse nicht verloren hat, zeigt es doch in überaus charakteristischer Weise die zwei Gesichter, die die Herren Agrarier vor der Öffentlichkeit und im geheimen den Beamten zu zeigen wissen. Das Schreiben lautet:

Deutscher Guts- und Beamtenbund.

Berlin W. 50, den 13. Januar 1921.

Kantestr. 17.

Herrn Grafen von Strachwitz,
Groß-Stein (Kr. Gr.-Strehlitz D.-Schl.)

Seiner Hochwohlgeboren

erlaube ich mir mit Bezug auf meinen Besuch am 10. d. M. und Rücksprache mit Ihrem Herrn Sohn folgendes zu unterbreiten:

Es wird Ihnen bekannt sein, daß sich in Deutschland drei Organisationen von Gutsbeamten gebildet haben, von denen ein Verein sozialistisch ist, der zweite ebenfalls gewerkschaftlich organisiert ist und sowohl mit den städtischen als auch mit den Landarbeitern ein Bündnis eingegangen ist. In der Organisation der Gutsbeamten an der Seite der Landarbeiter ist eine ungeheure Gefahr für die deutsche Landwirtschaft zu erblicken. Deshalb haben sich die Beamten, die auf dem Boden stehen, die die Zusammenfassung an der Seite der Arbeitgeber zu geschehen habe, in unserem Bunde zusammengefaßt. In Oberschlesien ist die Bewegung von Herrn Dekonomierat Dr. Körling-Ponischow ausgegangen. Der größte Teil der Beamten des Kreises Gr.-Strehlitz gehört unserem Bunde bereits an.

Der ständige Kampf mit den Gewerkschaften hat uns jedoch mehr Geld gekostet, als wir bisher an Mitgliederbeiträgen eingenommen haben. Wir sind daher auf Unterstützung angewiesen. Herr Dekonomierat Dieterich, der mich auch zu Ew. Hochwohlgeboren schickte, hat uns weitgehend unterstützt. Außerdem hat Herr Graf Strachwitz-Schmilchow mir 1000 M. zur Verfügung gestellt und hat mir gesagt, daß auch Sie sich unserer Bitte wohl nicht verschließen würden und uns den gleichen Betrag für unsere Zwecke überweisen würden. Ich möchte Ew. Hochwohlgeboren bitten, dieser meiner Bitte recht bald nachzukommen.

Besonders betonen möchte ich, daß selbstverständlich davon nichts in die Öffentlichkeit kommen darf, da auch in dortigen Kreisen immer noch ein Teil der Beamten dem einen der gewerkschaftlichen Verbände angehört und dieser auf keinen Fall von der Unterstützung erfahren darf.

Im voraus bestens dankend, bin ich mit ausgezeichnetster Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren ergebenster

gez. Dr. Schneider.

Das Resultat dieses Bitteschreibens ist uns leider nicht bekannt. Es unterliegt jedoch kaum einem Zweifel, daß Ew. Hochwohlgeboren sich den Bitten auf Unterstützung nicht verschlossen haben. Diejenigen Beamten, die sich in dälliger Verkennung ihrer Interessen auf die Seite ihrer größten Feinde und Ausbeuter gestellt haben, sind mehr zu bedauern als zu verurteilen, verkennen sie doch völlig den Schaden, den sie nicht nur ihren Berufskollegen, sondern sich selbst und der gesamten Beamtenenschaft zufügen. Die auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Beamten können aus diesem Briefe erkennen, wie weit es mit der Beamtenfreundschaft jener Kreise bestellt ist, die in der geheimen Bekämpfung der Beamtenorganisationen ihre vornehmste Aufgabe erblicken.

Das thüringische Staatsministerium bereitet ein Notgesetz vor, nach dem der 9. November in Thüringen als gesetzlicher Feiertag eingeführt werden soll. Dafür soll der Bußtag wegfallen und das Reformationsfest in den Schulen nicht mehr begangen werden.

Die Arbeit des Reichskunstwarts.

Der Reichskunstwart Dr. Edwin Redslob äußert sich in einem programmatischen Aufsatz in der Seemannschen „Kunstchronik“ über den Grundgedanken seiner Arbeit auf neuen Gebieten, die dem Reich dadurch erschlossen worden sind, daß es infolge der neuen Reichsverfassung der größte Bauherr im eigenen Bezirke geworden ist.

Da erhebt sich die Forderung der rechtzeitigen Heranziehung künstlerischer Kräfte bei diesen Bauten für Post, Eisenbahn, Wasserstraßen, Ueberlandzentralen, bei der Umwandlung der Fabriken für Heeresbedarf und Werften in große Werkstätten. Heute noch ist es vielfach so, daß Bauten einzelner Reichsbehörden am Ausführungsort nur im Grundriß bearbeitet werden, worauf dann bei einer Zentralstelle die Fassaden nachträglich entworfen oder aus dem vorhandenen Material schematisch gemietet werden. Es ist nun einem Einzelnen nicht möglich, von sich aus Einsicht in sämtliche Baupläne der Ressorts zu nehmen. Sobald aber örtliche Behörden oder führende Verbände, welche Interessen künstlerischer oder heimatsicher Art vertreten, beim Reichskunstwart des Innern oder beim Reichskunstwart einem Bauprojekt gegenüber vorstellig werden, kann eine Vermittlung einsehen, um zur Wahrung der künstlerischen oder örtlichen Ansprüche geeignete Vorschläge zu machen.

Das Eintreten für derartige Gesichtspunkte verbindet die Beteiligung des Reichskunstwarts mit einer der wichtigsten Lebensfragen der Gegenwart: mit der Sorge, wie wir unserem Lande, aller Bedrohung durch die Wirtschaftslage und allen Schwierigkeiten des Arbeitsmarktes, der Ausfuhrverweigerung, der Steuerbehandlung zum Trotz, den Erbbesitz seines handwerklichen und künstlerischen Könnens erhalten. Gegenwärtig lassen wir diesen wertvollsten Besitz nationalen Vermögens planlos verkommen.

Das Amt des Reichskunstwarts gibt fast täglich Gelegenheit, auf diese Gefahren hinzuweisen und in einzelnen Fällen Fürsorge und Beschäftigung für bedrohte Arbeitsgebiete zu erreichen. Es geschieht dies auch im Bunde mit den Baureferenten und mit den für Gewerbe und Handwerk zuständigen Vertretern der einzelnen Ministerien, die dieser Lage innerhalb ihrer weiten Arbeitsgebiete Rechnung zu tragen bemüht sind. Auch haben sich große Verbände, wie der Werkbund, die Kunstgewerbevereine, der Bund für Heimatschutz, dieser Bewegung zur Verfügung gestellt. Die städtische Bundesstelle für Kunstgewerbe in Dresden plant die Gründung eines Bundes der Freunde wertvoller Handwerkskunst. Die Idee greift aber weit über die Fragen des Hochbaues hinaus. Alljährlich werden aus den deutschen Werkstätten Hunderte von Millionen in Arbeit umgesetzt; sie werden zum Teil in einer Weise verbaut, die nur der einzelnen Firma, nicht aber darüber hinaus auch den Gesamtinteressen des Landes dienlich ist. Das Reich, das den Bau der Schiffe mit namhaften Summen unterstützt, kann verlangen, daß durch planvolle Auftragsvergebung gelegentlich auch gefährdete Träger handwerklich und künstlerisch wertvoller Arbeitsweisen beschäftigt und zur Ausbildung eines geschulten Nachwuchses verpflichtet werden.

„Geister der Niederlage“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat pausieren müssen, sie ist deswegen bemüht, ihr durch den Zeitungskonflikt liegeengeliebene Pflichtquantum an Unfähigkeiten raschstens aufzubrauchen. Aus diesem Grunde erscheint auch der heutige Leiter dieses Blattes unter obiger Ueberschrift mit einem reichlichen Extrazuschlag. Man spricht in ihm mit der ganzen Monotoniebeschränktheit der ehemaligen Regierungskasse von den Horizonten der heutigen Regierungsmänner. Wir lesen da z. B.:

„Es mag jemand als Reiferer in besonderen Borzellangelegenheiten hervorragende Erfolge erzielt haben, er wird an die große Politik die ihm von dort her vertrauten Maßstäbe anlegen, und sein geistiger Habitus wird nicht größer sein als die besondere Sitzgelegenheit, in der er früher handelte, 40 mal 60 Zentimeter schätzungsweise.“

An anderer Stelle wird betont, daß ein Mann, der in Buttenhausen geboren wurde, kaum den politischen Horizont zu erreichen in der Lage sei, den ein Staatslenker benötige.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist nun mal der Meinung, daß politischer Weiblich und Kenntnis der internationalen Verhältnisse nur auf hinterpommerschen Rittergütern das Licht der Welt zu erblicken vermögen. Sie ist der Meinung, daß Handwerker, Arbeiter oder Kaufmann sein das Kennzeichen für geistige Minderwertigkeit ist. Mit solchen Auffassungen ist nicht zu rechnen. Im Zoologischen Garten wird ja auch nicht versucht, zu überzeugen, man betrachte und wunder dich, was die Natur in ihrer göttlichen Verschwendung für Merkwürdigkeiten lebensfähig gemacht hat.

Krach in einer Goltz-Versammlung.

Wie die Ill. aus Leipzig meldet, kam es anläßlich eines Vortrages, den General a. D. v. d. Goltz am Montagabend im Zentraltheater hielt, zu großen Demonstrationen der Arbeiterchaft. Unter Ablehnung der Internationale versuchte die Menge in das Versammlungslokal einzudringen, wurde aber von der Schutzmannschaft daran verhindert. Als die Schutzleute mit Steinen beworfen wurden, hielten sie mit Gummitruppen auf die Menge ein und räumten die Straße. In der Versammlung selbst sprach General v. d. Goltz über „Deutschlands Zukunft im Osten“. Als gegen Schluß des Vortrages von einem Besucher einige absässige Zwischenrufe gemacht wurden, kam es auch im Saal zu einem Handgemenge, so daß der Saal von der Polizei geräumt wurde.

Dieser reichlich tendenziöse Bericht bedarf dringend einer Ergänzung von objektiver Seite.

Die Ludendorffe vor den Staatsgerichtshof!

Unter der Ueberschrift „Was nun?“, die sich nicht einmal die Mühe gibt, die innere Hilflosigkeit wenigstens äußerlich zu maskieren, stellt die extrem-nationalistische „Deutsche Zeitung“ eine Reihe von Forderungen, mit deren letzter wir Sozialdemokraten ausnahmsweise in der angenehmen Lage sind, uns einverstanden erklären zu können. Alle politischen Ereignisse der letzten Jahre, der verlorenen Weltkrieg, die Babanque-Politik des Kabinetts Fehrenbach-Simons, das Auftreten des Herrn Sinnes in Spa usw. haben nicht vermocht, den Deutschmonarchisten wenigstens jene Spur von Vernunft beizubringen, die immerhin doch auch im rechtsstehenden Lager Vorbedingung für Politik sein sollte. In Fortsetzung der altbewährten Katastrophopolitik fordert die „Deutsche Zeitung“ heute morgen die Zurückweisung der Entente-Entscheidung über Oberschlesien, die Ablehnung der Entsendung eines Reichskommissars nach Polen und den Abbruch jeden wirtschaftlichen und politischen Verkehrs mit Polen, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß die Deutschmonarchisten in dieser Forderung auf gewisse Äußerungen im „Berliner Tageblatt“ berufen können. Die letzte Forderung jedoch muß die ungeteilte Billigung aller linksstehenden Parteien finden: es sollen nämlich — nach deutschmonarchistischem Vorschlag — alle diejenigen Personen, die durch ihre Handlungsweise den Verlust Oberschlesiens mitverschuldet haben, vor den Staatsgerichtshof gestellt werden. Recht so! Die Abschneidung Oberschlesiens ist eine Folge des Versailleser Diktats, dieses aber ist wiederum eine Folge des verlorenen Weltkrieges, dessen unglücklicher Ausgang von den Eroberungspolitikern und wildgewordenen Annerkennungsgenerälen vom Schlage eines Ludendorff produziert wurde.

Der Reichskunstwart schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Hier wie überall gilt der Grundsatz, daß alle in Zusammenhang mit dem Reich stehende Formgebung nicht nur erträglich, sondern vorbildlich gestaltet werden muß. Niemals liegt das Uebel im Einzelnen: es kommt darauf an, darüber hinaus in jedes Aufgabengebiet den Keim zu gesunder Entwicklung zu tragen. Das aber läßt sich nur dadurch ermöglichen, daß die Achtung vor dem schöpferischen Willen, wie er sich für ein Volk in seinen Künstern und Erfindern offenbart, zu einem Grundgesetz aller Arbeit bewußt erhoben wird.“

Schloßpark-Theater. Kurt Heynick: „Ehe“. Der lyrische Dichter Kurt Heynick pflegt das Gefühl der Demut. Sein Vers, der mit Aufrichtigkeit und getreu nach mancherlei Lehren gebaut ist, vertritt die Gesinnung des behutamen Schwärmers. Der Jüngling huldigt einem uralten Pantheismus, der viel Ruhmens verdient, fährt er nicht in unseren Tagen zu Gebieten des Empfindens und Denkens, die wir als sehr banal und bedenklich unklar bezeichnen müssen. Immerhin huldigt der dichtende Jüngling jener schlichten Bewunderung vor den Schöpfungsdingen, die vor Großmäuligkeit und Schwallut bewahrt.

Als Dramatiker blüht sich Kurt Heynick nun in bedrohlicher Unbestimmtheit auf. Das kommt daher, weil er gar kein Dramatiker, sondern nur ein mehr als unzulänglicher Dilettant ist. Als Liebhaber der theatralischen Kunst kennt er nicht, ahnt er nicht einmal die Formkunst und die Redekunst des Dramas. Es ist ganz überflüssig, von dem Stofflichen des Stückes zu reden oder von seinem Stil oder von seiner Sprache. Mit einer vollständig entwaffnenden Hilflosigkeit redet der Dilettant um eine nur in Gefühlen begangene Heirath, die mit einem Revoluerschuh der sehr reinlich schuldigen Frau endet. Jeder Satz ist abgebraucht. Auch dort, wo die Frau fürchten muß, daß sie den anderweitig anbetenden Gatten verlieren wird, und so die Arme trotzdem Güte predigt, ist jedes Wort bildlos, verzerrt in allgerwöhnlichste, schäbigste Prosa. Das Talent ist nicht vorhanden.

Aber dieser höchst objektive vorhandene Talentlosigkeit, die selbst Laube und Blinde verspüren dürften, dienen die vorzügliche Regie von Paul Henckels und die vorzüglichen Schauspielereinen Lily Doncker und Eleonore Chn. Hendels, der mit Treue das Akustische des Theaters pflegt, bewahrt die Ohren vor der jede Sekunde überwuchernden Schwalligkeit des miserablen Patheisters. Er dämpfte Fräulein Doncker, der die tragischen, in Wirklichkeit einschläfernden oder lächerlichen Partien des Stückes zufallen. Der Regisseur leitete auch die gehörig ihm folgenden Gesten des Fräulein Ehr, das den Schmelz einer Neben Samariterin aus ihrer Stimme hervorlocken kann. Max Hochdorf.

Eine typische Sonderwissenschaft. Wiederholt hat man festgestellt können, daß sich gewisse Naturphänomene mit auffälliger Regelmäßigkeit an den nämlichen Orten wiederholen. So konnte man beispielsweise beobachten, daß der Bliz zumelst an ganz bestimmten Stellen einfiel, ohne daß man eine Ursache dieser feststimmigen Bevorzugung zu entdecken vermochte. Und im Atlantischen Ozean beobachtet man in bestimmten Zonen eine auffallende Häufig-

Alle diejenigen, die das deutsche Volk bis zum Weichbluten brachten und auch die leiseste Möglichkeit einer Verständigung bis zum letzten Augenblick zerstörten, sind schuldig an der Losreißung Oberschlesiens und gehören deshalb vor den Staatsgerichtshof. Hoffen wir, daß sich die Forderung der „Deutschen Zeitung“ recht bald erfülle!

Das Angebot der Kapp-Butschken zur Gestellung.

München, 23. Oktober. (WZ.) In der „Lugsburger Abendzeitung“ ist zu lesen: Das Wolff-Bureau berichtete bekanntlich, daß mehrere im Ausland befindliche Teilnehmer beim Kapp-Butsch sich bereit erklärt hätten, unter gewissen Garantien zur Verhandlung nach Leipzig zu kommen. Wie wir hierzu erfahren, haben die Betreffenden sich allerdings bereit erklärt, zur Verhandlung in Leipzig zu erscheinen. Diese Erklärung liegt aber schon ein halbes Jahr zurück und wurde damals von der Reichsregierung nicht beachtet und ist auch vom Oberreichsanwalt der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden. Erst jetzt hat man dieses Angebot, das nicht erneuert wurde, hervorgeholt.

Sind Sicherheitspolizisten Beamte?

Diese Frage wurde jetzt vom Reichsgericht in Leipzig bejaht. Vom Landgericht III in Berlin ist am 20. Oktober v. J. der Oberwachmeister Genz wegen Amtsunterschlagung zu drei Monaten und der Wachmeister Lau wegen Beihilfe dazu zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Beide gehören der Sipo an. Als Genz am 5. Februar 1920 Wachtabender der Wache am Prenzlauer Tor war, brachten Mannschaften von einer Streife vier Pakete Seife mit, die sie gefunden hatten und die zweifellos aus einem Diebstahl herrührten. Lau machte ihn darauf aufmerksam, daß eins der Pakete beschädigt war und daß mehrere Stück Seife daraus fehlten. Er machte den Vorschlag, die Seife unter die Mannschaften zu verteilen, um zu verhindern, daß eine Untersuchung darüber angestellt werde, wer das Paket geöffnet habe. Genz erklärte sich einverstanden und die Seife wurde verteilt, jedoch eigneten sich weder er noch Lau sich Seife davon an. In dem Bericht über den Fund der Seife schrieb Genz, daß drei Pakete gefunden worden seien. Da Genz Wachtabender war, so befand sich die Seife in seiner Verfügungsgewalt, nachdem sie auf die Wache gebracht worden war. Darin, daß Genz die Erlaubnis gab, die Seife zu verteilen, erblickte das Gericht einen Zueignungssakt, zu dem der Angeklagte nicht berechtigt war. Es ist dazu nicht erforderlich, daß er sich selbst etwas angeeignet hat. Gegen das Urteil hatten die Angeklagten Revision eingelegt, in welcher sie bestritten, Beamte gewesen zu sein. Zur Zeit der Tat sei die ganze Organisation der Sipo noch rein militärisch gewesen und sie hätten keine besonderen Beamtenunterweisungen erhalten. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet, da eine entsprechende Anfrage bei dem Ministerium des Innern dahin beantwortet worden ist, daß die Sipo stets zur Beamtenchaft gerechnet worden ist. Sie habe von Anfang an dem Ministerium des Innern unterstanden und sei nie von militärischen Stellen aus befehligt worden.

Was wird mit Karl?

Budapest, 24. Oktober. (WZ.) Gegenwärtig finden hier Beratungen zwischen der Regierung und Vertretern der Entente statt, zu denen auch diplomatische Vertreter der Kleinen Entente geladen wurden, die sich mit dem Schicksal des früheren Kaisers befassen.

Budapest, 24. Oktober. (WZ.) König Karl und Königin Zita befinden sich zurzeit unter Bewachung auf Schloß Lois (Lata).

Keine Rückkehr in die Schweiz.

Bern, 24. Oktober. (WZ.) Der Bundesrat nahm heute vormittag Stellung zur Rückkehr des Erzögnigs Karl nach Ungarn. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement wurde beauftragt, durch die Bundesanwaltschaft eine rasche Untersuchung durchzuführen zu lassen über die Umstände, unter denen sich die Abreise vollzogen hat, wobei sich diese Untersuchung auf Schweizer Personen ausdehnen soll, die sich möglicherweise an dem Unternehmen beteiligt haben.

leit von Schiffsbränden, für die ebenfalls keine stichhaltige Erklärung gegeben werden kann.

Die Chinesen, die über eine an die dreißig Jahrhunderte umfassende Naturbeobachtung verfügen, haben aus dem Studium dieser Phänomene eine besondere wissenschaftliche Disziplin gemacht. Sie führt den Namen: „Wissenschaft der Einflüsse von Winden und Gewässern“. Die Gelehrten dieser Disziplin erforschen sich des Rufs, daß sie die verschiedensten Wirkungen der Bodenzusammensetzung, der Anziehungs- und Abstoßungskraft, die die Bergmassen und verdoenen unterirdischen Wasserläufe ausüben, von Grund aus erkennen. Wenn deshalb jemand ein Gelände zu einem Hausbau sucht, so wendet er sich stets um Rat an die „Erdwahrer“, und er tut dasselbe, wenn ihn die Verhältnisse zum Bau an einem bestimmten Punkt zwingen, um sich den Ort angeben zu lassen, wo die Gefahr, durch feindliche Naturgewalt beschädigt zu werden, am geringsten ist.

Ran darf zwar annehmen, daß an den Auskünften der Erdwahrer Aberglaube und Charlatanerie den Hauptanteil haben. Immerhin aber mag auch in dieser Wissenschaft, wie in der mittelalterlichen Alchimie ein Körnchen Wahrheit verborgen sein, das zu entdecken der Zukunft vorbehalten bleibt.

Theaterpolitik in Sowjet-Rußland. Von den Plänen der Moskauer Theater werden von jetzt ab insgesamt ein Viertel für die Gewerkschaften reserviert, um ihren Besuch auch fernhin den breiten Massen zu ermöglichen. In Moskau verbietet das Große Theater, das Kleine Kunsttheater und die Kammerpiele unter staatlicher Verwaltung. In sämtlichen Städten wurden Zentralverkaufsstellen für Theaterkarten eingerichtet, wodurch der Kartenverkauf monopolisiert und der Gewinn der Theatergenossenschaften geregelt werden soll.

Die Bafonade des Redakteurs. Die Pressefreiheit scheint im modernen Persien noch etwas lächerlich zu sein, denn es wurde, wie aus Teheran berichtet wird, bei dem Verbot, das jüngst eine bolschewistische Zeitung, den „Stern von Persien“, trotz, vom Kriegsminister zugleich verfügt, daß der Redakteur 200 Stück Schläge auf die bloßen Fußsohlen, also die berührte Bafonade, bekommen solle. Sein Verbrechen bestand darin, daß er „die Regierung lächerlich gemacht hatte“.

Wie kann man auch eine so erleuchtete Regierung lächerlich machen!

Hochschule Groß-Berlin. Am Mittwoch, den 23., beginnen folgende Kurse und Arbeitsgemeinschaften: Dessoir und Woll: Der Skulpturismus der Gegenwart, Kula-Gebäude der Universität, 8 Uhr, 7 Uhr. — Sondheimer: Die Romanistik der Kunst, Tempelhof, 8 Uhr, 7 Uhr. — Tüllig: Der philologische Gehalt der politischen Redaktionen, Steglitz, Gymnasium Geselestr., 6 Uhr. — Oberstufen in den bekannten Berufsstellen und an den Lehrplätzen.

Gesellschaft für Volksbildung. Am Donnerstag, den 27., spricht Staatsminister a. D. Dr. Edelmann im Heral 122 der Universität über „Recht und Recht im Leben der Staaten und Völker“. Beginn 8 1/2 Uhr.

Arbeiter-Ausstellung. Peterburger Str. 30. Ernst Friedrich spricht am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Novellen und Volkserzählungen von Leo Tolstoj. Unkostenbeitrag 1 M.

Wie die Schweizerische Depeschagentur meldet, hat der Bundesrat einstimmig das Verbot und den Wortbruch des Kaisers Karl peremptorisch. An eine Rückkehr in die Schweiz könne nicht mehr gedacht werden.

Italien solidarisch.

Prag, 24. Oktober. (W.B.) Der italienische Gesandte in Prag erschien heute beim Ministerpräsidenten Dr. Benesch und übergab ihm eine amtliche Erklärung des italienischen Außenministeriums, in der Marchese della Torretta mitteilt, daß er mit Dr. Benesch gleicher Ansicht sei über die Wichtigkeit eines gemeinsamen energischen Vorgehens gegenüber den Ereignissen in Ungarn. Diese Gemeinsamkeit müsse sich nicht allein auf den Vertrag, der die beiden Völker verbinde, sondern sei auch durch die beiderseitigen Interessen diktiert.

Hafßbefehle gegen die Auführer.

Budapest, 25. Oktober. (W.B.) Die ungarische Regierung erließ Haftbefehle gegen die Abgeordneten Stefan Friedrich, Ludwig Szilagy und Georg Symrecsany, ferner gegen die Generale Horvath, Dehar, Graf Anton Sragy, Borovici, Oberst Ksboth und Major Oslenburg. Sie sind des Aufstehens angeklagt und zum Teil flüchtig. Sie sollen ohne Rücksicht auf das Immunitätsrecht festgenommen werden. Die Abgeordneten Friedrich und Szilagy befinden sich bereits bei der Polizei in Gewahrsam. Dem Abgeordneten Symrecsany gelang es, als Geheimpolitist ihn festnehmen wollten, durch die Fenster seiner Wohnung zu entkommen; er stürzte im Automobil.

Budapest, 25. Oktober. (W.B.) An hiesigen politischen Stellen verlautet, daß die politischen Führer der tschechischen Unternehmungen, Graf Andrássy, Dr. Graf und Rakowjky bereits verhaftet wurden und unter Bedeckung sich auf dem Wege nach Budapest befinden. Die militärischen Organisatoren des Unternehmens konnten bisher nicht festgenommen werden. Die Abteilungen der aufständischen Truppen, die größtenteils versprengt sind, werden entwaffnet.

Die Tschechoslowakei für friedliche Lösung.

Prag, 24. Oktober. (W.B.) In der heutigen Sitzung des Ausschusses des Abgeordnetenhauses legte Ministerpräsident Dr. Benesch den Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung zu den Ereignissen in Ungarn dar. Er erklärte: solche Dinge dürfen sich nicht wiederholen. Es kann durchaus nicht zugelassen werden, daß sich daraus ein System entwickelt, das die einzelnen Staaten in Anarchie und Zerrüttung stürzt und so endlich den Krieg vorbereitet. Alle, die für den Frieden arbeiten, müssen dazu beitragen, daß der endgültige Friede gesichert wird und daß die Schuldigen bestraft werden. Wir sind diplomatisch und militärisch gerüstet, der Gefahr, die unserem Staat und ganz Mitteleuropa droht, begegnen zu können. Selbstverständlich werden wir

alles tun, um einem Zusammenstoß auszuweichen,

und wir werden uns bemühen, das Abenteuer in verhältnismäßiger Weise abzuklären. Wir wollen, daß die habsburgische Frage endgültig gelöst, der Friedensvertrag zur Geltung gebracht, insbesondere die Entwaffnung Ungarns vollzogen wird. Wir wollen, daß die bisherige ungarische Politik, die angeklagt werden kann, daß sie kein Vertrauen erweckt hat, geändert wird. In der burgenländischen Frage haben wir gezeigt, daß wir alle Angelegenheiten ohne Weiterungen und ohne militärisches Einschreiten lösen wollen. Ob die Ungarn ein Doppelspiel getrieben haben oder nicht, das will ich nicht entscheiden. Aber darin sind wir alle einig, daß alle Kreise der ungarischen Öffentlichkeit, insbesondere die reaktionären Kreise, unter dem heutigen Regime nur ein Ziel hatten, bei der ersten Gelegenheit den durch die Friedensverträge geschaffenen Zustand zu stürzen. Die ungarische Regierung trägt die Schuld daran, daß Karl mit der verworrenen Lage im Burgenlande rechnen und infolgedessen zurücksehen und den Frieden in Mitteleuropa stören konnte. Ich muß auch darauf verweisen, wie

treubruchiges Spiel mit dem Völkerbund

zu treiben die magyarischen Karlisten und Karl selbst sich vermaßen haben. Als es sich um die Zulassung Ungarns zum Völkerbund handelte, wollte eine ganze Reihe von Deuten in der Schweiz die Kreise des Völkerbundes dahin unterrichten, daß die Tschechoslowakei und Rumänien eine vernünftige Entwicklung in Europa unmöglich machen. Wir haben den Völkerbund darauf aufmerksam gemacht, wie solches Spiel mit ihm getrieben werde, daß er auf der Wacht sein müsse, um nicht das Opfer dieses treubruchigen und perfiden Spieles zu sein.

In der Besprechung des Schrittes der alliierten Hauptmächte in Budapest betonte der Ministerpräsident, daß sich

Italien an ihm beteiligt

habe, erinnerte daran, daß zwischen Tschechoslowakei und Italien nach den letzten Ereignissen im Burgenlande kein Mißverständnis obgewaltet habe und fuhr fort: Auch heute geht Italien entschieden mit uns. Was Frankreich betrifft, so muß ich betonen, daß es ebenso wie England sehr nachdrücklich gegen den Mißbrauch der Bewehrung eingelegt hat. Ich muß allerdings feststellen, daß die Sache vor allem uns betrifft, daß es sich um uns, um Ruhe und Frieden handelt, und daß wir daher verpflichtet sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Gefahr vorzubeugen. Wir werden im Einvernehmen mit allen unseren Alliierten vorgehen. Wir befinden uns in engster Fühlung mit ihnen über alles, was sich in Ungarn, in Wien und in unserer Nachbarschaft begibt.

In der Debatte wandten sich die Vertreter der Parteien gegen die Rückkehr der Habsburger und versprechen der Regierung rückhaltlose Unterstützung. Am Schlusse der Sitzung erklärte Ministerpräsident Benesch, die Regierung werde heute, wo Ruhe und Besonnenheit, aber auch Energie nötig sei, alle notwendigen Maßnahmen ergreifen und werde nichts anderes im Auge haben, als eine rasche Beendigung dieses Ereignisses, und zwar mit möglichst friedlichen Mitteln.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde sodann angenommen.

Das Wiesbadener Abkommen.

Das Inkrafttreten bis zum Januar verschoben?

London, 24. Oktober. (W.B.) Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt zum Wiesbadener Abkommen, die Reparationen seien nicht eine Frage zwischen Frankreich und Deutschland allein, sondern zwischen Deutschland und den Alliierten. Frankreich hätte England und Belgien nicht mit einer vollendeten Tatsache kommen dürfen. Dies sei die Ansicht der maßgebenden Persönlichkeiten, die sich nicht der Tatsache verschließen, daß das alliierte Land, das zuerst und getrennt bezahlt werde, wohl das einzige sei, das etwas erhalten werde. Dies alles bedeute, daß trotz der allgemeinen Empfehlung der Reparationskommission das Wiesbadener Abkommen fast sicher für eine lange Zeit verschoben wird. Es müßten erst Bürgschaften geschaffen werden, und zwar in Gestalt ähnlicher Abkommen zwischen den anderen Alliierten und Deutschland. Angesichts der

Washingtoner Konferenz sehe es daher so aus, als ob das Wiesbadener Abkommen bis zum Januar verschoben werden wird, wo der Bankrott Deutschlands allen seinen Gläubigern klar vor Augen treten werde.

Es ist anzunehmen, daß die Information der „Westminster Gazette“ aus den Kreisen der englischen Regierung stammt, auf die es auch zurückzuführen ist, daß sich die Reparationskommission in der Frage des Wiesbadener Abkommens für nicht zuständig erklärte. Deutschland wird auf diese Weise der Weg zu praktischer Wiedergutmachung verbaut. Es hat sich erwiesen, daß die Goldleistungen nicht ohne schwerste Erschütterungen des internationalen Wirtschaftslebens geleistet werden können. Man ist sich darüber einig, daß die Wiedergutmachung in Sachwerten dem anderen Verfahren vorzuziehen ist. Wenn man auch diese Leistungen unmöglich gemacht werden, weil die Verbündeten befürchten, die eine Partei könne mehr bekommen als die andere, dann meldet die Entente damit den Bankrott ihrer eigenen Wiedergutmachungspolitik an.

Im übrigen steht dem nichts im Wege, daß auch die anderen Alliierten sich mit Deutschland über Sachleistungsvereinbarungen auseinandersetzen. Wie wir hören, schweben zwischen Deutschland und England bereits inoffizielle Verhandlungen. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß diese Verhandlungen an dem lächerlichen Willen Deutschlands scheitern sollten. Wenn England das Uebereinkommen mit Frankreich trotzdem anhalten zu müssen glaubt, so treibt es damit eine Politik der Wiedergutmachungsabotage, die alles aufs Spiel setzt, anstatt es zu begründen, wenn Deutschland im Rahmen des Erreichbaren Wiedergutmachung leistet. Es ist nicht recht ersichtlich, wem eine derartige Politik nützen soll.

Groß-Berlin

Die „Böberixe“ auf der Anlagebank.

Berliner Geschworene im Bunzlauer Lichte.

Ein komisches Intermezzo auf der Anlagebank spielte sich am 23. d. M. bei der Verhandlung eines Banknotenfälscher-Prozesses vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ab. Angeklagt wegen Münzverbrechens waren der Zeitungsvetleger Koepfel und dessen Frau Monika K.

Der Angeklagte K. war längere Zeit Besitzer der von seinem Vater erbten „Herzoglichen Hofbuchdruckerei Karl Koepfel“ in Sagan. Er geriet dann langsam auf die schiefe Ebene und kam schließlich auf den Gedanken, sein Leben durch Anfertigung falscher Stadtkassenscheine von Bunzlau, wo er zuletzt wohnte, zu fristen. Er wurde jedoch bald dabei abgefaßt und mit seiner Frau vor die Geschworenen gestellt, die beide zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Später stellte es sich heraus, daß K. in einer entlegenen Hiesigkeit bei Bunzlau auch falsche Fünzigmarkscheine der sogenannten Klasse 42 der Fälscherei angefertigt und diese dann in dortiger Gegend und auch in Berlin vertrieben hatte. Die Folge war eine Nachtragsanfrage, die das falschmünzerehepaar jetzt vor die Berliner Geschworenen führte. Koepfel, der schon früher gefühert hatte, daß „man den Berliner Geschworenen sehr viel vormachen könne“, setzte dies jetzt auch vor Gericht in die Tat um, indem er den „wilden Mann“ spielte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Mitangeklagte seine Frau sei, erklärte K. ansänglich, daß er „die Dame nicht kenne“. Seine Frau habe er sich aus dem Bader geholt, sie sei eine Böberixe, die Herren Geschworenen möchten feststellen, ob „die Dame“ Weine oder einen Fischschwanz habe. Wenn sie einen Fischschwanz habe, sei es seine Frau. Auf glühendes Zureden des Vorsitzenden gab K. schließlich diesen Unfuss auf.

Auf Grund der von den Verteidigern gestellten Entlohnungsanträge kamen die Geschworenen und das Gericht zu einer milden Auffassung, da die Angeklagten in Not gehandelt hätten. Das Urteil lautete auf je 4 Monate Zuchthaus zusätzlich.

Ein Liebesbrief-Fetischist.

Es gibt Menschen, die Damentaschentücher, Damenstrumpfbänder usw. sammeln und damit einen eigentümlichen Kultus (Fetischismus) treiben. In der Person des 42-jährigen Postbetriebsassistenten Karl B. aus Berlin fand ein berarischer Fetischist vor der Potsdamer Disziplinarkommission, und zwar vor B. Schulz, Briefe unterdrückt zu haben. Im Jahre 1920 ließen beim Postamt Berlin 11 dauernd Beschwerden über nicht bestellte Briefe ein. Schließlich gelang es, den Angeschuldigten dabei zu überraschen, wie er aus einem Briefkasten besondere Briefe herausnahm, diese öffnete und den Inhalt derselben in einem Zustand von Verzücktheit mehrere Male durchlas. Bei einer darauf vorgenommenen Hausdurchsuchung fand man in der Wohnung des Affizienten über 15 unterschlagene Briefe mit stark erotischem Einschlag vor. Der Beschuldigte führte zu seiner Verteidigung aus, daß er unter einem erotischem Zwange gestanden habe, Briefe, die er für Liebesbriefe hielt, zu öffnen, um sich an den leidenschaftlichen Worten der Liebenden zu ergötzen. Der Angeklagte war seinerzeit vom Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Sachverständigen erklärten ihn für geistig minderwertig. In Anbetracht seiner 20jährigen tabellösen Dienstzeit wurde B. fünf Sechstel seines Ruhegehaltes auf fünf Jahre belassen.

Der Spiegelunterfang als Geldschrank.

In einem Lokal in der Frankfurter Straße war kürzlich einem Sportmann eine Briefschloße mit 47 000 M. Inhalt gestohlen worden. Der Verdacht fiel auf zwei Zehnjährigen, den Kriegsinvaliden Grill und den Arbeiter Zimmermann, ohne daß man den beiden zunächst etwas nachweisen konnte. Dennoch hatte Grill die Tasche gestohlen und war nun, da es Zimmermann bemerkt hatte, gezwungen, mit diesem zu teilen. Der Dieb hat nun eine Braut mit fünf Kindern. Alle sechs kleidete er sofort neu ein. Jedoch überwarf er sich mit der Braut und diese zeigte der Polizei an, woher die Aussteuer kam. Beamte fanden bei einer zweiten Durchsuchung den Beutefüll Zimmermanns in einem eigenartigen Versteck. In einem Spiegel fiel ihnen ein starker neuer Koffer auf. Er wurde geöffnet. Sie untersuchten ihn genauer und entdeckten in seinem Innern 22 000 M. Zimmermann hatte den Koffer eigens neu angefertigt, um seine Beute zu verbergen und sogar den Deckel über der Höhlung sorgfältig aufgeleimt. Tausend Mark hatte er für sich verbracht. Für den Rest wollte er seiner Tochter eine Aussteuer kaufen, sobald er den Vorfall vergessen glaubte. Nun mußte er alles herausrücken und der Bestohlene erhielt einen großen Teil seines Eigentums zurück.

Alt-Berlin im neuen Notgeld.

Von dem päpstlichen Notgeld, welches die Stadt seit 1918 herausgegeben hat, ist der größte Teil inzwischen abgenutzt und in den päpstlichen Kassen festgehalten worden. Zum Ersatz sind in diesen Tagen neue päpstliche 50-Pf.-Scheine herausgegeben worden, welche in Form und Aussehen von den bisherigen Scheinen abweichen. Während die Vorderseite den Charakter des Kassenscheins wahr, gibt die Rückseite charakteristische Bilder von Straßen und Plätzen Berlins aus früheren Jahrhunderten wieder.

Das Wohnungs- und Siedlungsweesen ohne Leitung!

Der Verband sozialer Baubetriebe ersucht uns um Veröffentlichung der folgenden Zeitschrift: Wie im Reich, so wird auch in Berlin das Wohnungs- und Siedlungsweesen „verantwortungslos“ ohne Kopf und Führung betrieben. Die Wohnungsuchenden und die Bauarbeiter sind dabei die Hauptleidtragenden — den Rest tragen die Steuerzahler. Wer ist schuld an diesen Zuständen? Schon am 20. Juli 1920 kühlte sich die Berliner Gewerkschaftskommission voran, auf eine Neuorganisation des Wohnungs- und Siedlungsweesens mit einem Fachmann an der Spitze hinzuwirken. Erst am 13. Mai d. J. wurde die Stellung eines Siedlungsdirektorspostens ausgeschrieben. Am 5. August wurden die Bewerber zur Vorstellung gebeten und am 17. August nahm die Deputation für das Wohnungs- und Siedlungsweesen zu den eingegangenen Bewerbungen Stellung und empfahl dem Magistrat, aus drei zur engeren Wahl gestellten Bewerbern einen zu wählen. Inzwischen sind weitere Monate ins Land gegangen, ohne daß sich der Magistrat hat entschließen können, einen Kopf an die Spitze des Wohnungs- und Siedlungsweesens zu stellen.

Wie berichtet wird, sollen hierbei die zurzeit im Magistrat stehenden Baubeamten die stärksten Widerstände gegen die Einstellung eines Technikers zur Entlastung bringen. Wenn der Magistrat nicht schleunigst diese Widerstände bricht, so wird er vor der gesamten Berliner Bevölkerung die Verantwortung für die Versäumnisse übernehmen müssen, die sich im Frühjahr nächsten Jahres unabweislich auf dem Bauplatz zeigen werden.

Verbesserter Arbeiterverkehr.

Mit der Einführung des Winterfahrplans, die am 26. d. M. erfolgt, wird auf der Berliner Strecke eine wesentliche Verbesserung des Arbeiterverkehrs durchgeführt werden. Bisher mußten die Arbeiter, die in den großen Maschinenfabriken in Wilmow arbeiten und jenseits von Königswusterhausen wohnen, in Königswusterhausen von den Fernzügen in die Borortzüge umsteigen und mußten neben einer Wartezeit auf dem Bahnhof Königswusterhausen noch die Unbequemlichkeit des Umsteigens in Kauf nehmen. Vom 26. d. M. ab werden in jeder Richtung zwischen Wilmow und Wilmow täglich ein Zug gefahren, der ausschließlich dem Arbeiterverkehr der in den Wilmower Werken beschäftigten Arbeiter dienen soll, so daß das Umsteigen in Königswusterhausen in Fortfall kommt. Der eine Zug wird von Wilmow um 4.44 früh abfahren, trifft um 6.21 vorm. in Königswusterhausen und um 6.28 vorm. in Wilmow ein. Hierdurch wird nicht nur der Arbeiterverkehr verbessert, vielmehr wird auch der in dieser Zeit nach Berlin fahrende Boorzug entlastet. In der Gegenrichtung verkehrt vom Montag bis Freitag der Gegenzug ab Wilmow um 4.20 nachm., an Wilmow 6.00 abends, während der Arbeiterzug an den Sonnabenden von Wilmow bereits um 2.20 abfährt und um 4.01 nachm. in Wilmow eintrifft. Durch diese Neuordnung wird einmal jedem Arbeiter in dem Zuge nach Möglichkeit ein Platz gesichert und die Arbeiter brauchen in Königswusterhausen nicht mehr wie bisher in den überfüllten Fernzug, der von Berlin kommt, umzusteigen.

Pommern, das Kartoffelparadies.

In Pommern ist eine ausnehmend gute Kartoffelernte zu verzeichnen. Die Erträge in der Gegend von Stolp werden bis 140 Zentner für den Morgen geschätzt. Eine Menge von Käufern machen die Produzenten heu. Diese Käufer gerieren sich als Abgesandte von Betriebsräten großer Werke, andere kommen sogar aus Württemberg und dem besetzten Gebiet. In den Hotels der pommerschen Städte sind sämtliche Zimmer von diesen Käufern besetzt. Diese Händler suchen sich zu überbieten. Auf 10 M. pro Zentner Ueberpreis kommt es dabei gar nicht an. Es wird allgemein behauptet und geglaubt, daß diese pommerschen Kartoffeln, wie die aus der Bretagne, nach Frankreich und Belgien verschifft werden, und man ist sich in den Konsumentkreisen in dem Vertrauen nach einem baldigen Erscheinen der Regierung einig, damit diesem schamlosen Treiben gesteuert wird.

„Siedlung und Kleingarten“, unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Die Autofahrt wird teurer! Infolge des Beschlusses der Autodrohlfabrikanten, ihre Wagen aus dem Verkehr ziehen zu müssen, weil sie bei der jetzigen achtfachen Friedensstange nicht mehr zurecht kommen, sind heute im Laufe des Tages bereits etwa 2000 Autodrohlfahrer aus dem Verkehr gezogen worden. Inzwischen hat der Berliner Polizeipräsident bereits die Erhöhung des Autodrohlfahrtentaris von der acht- auf die zehnfache Friedensstange genehmigt, da das Polizeipräsidium anerkennen muß, daß diese Versteuerung durch die Steigerung der Preise für alle Automobilbestandteile und Betriebsstoffe berechnet ist. Die Betriebskosten betragen zurzeit für einen Kilometer Autofahrt bis 7.94 M. Rummelt bei noch der Berliner Magistrat der Entscheidung des Polizeipräsidiums beizutreten, was wahrscheinlich im Laufe des Mittwochs geschehen wird, so daß, wenn die Veröffentlichung am Donnerstag erfolgt, der Berliner Autodrohlfahrt am Freitag wieder aufgenommen werden kann.

Ein Vorgehen gegen die Rattenplage ist besonders im November und Dezember wirksam. Das von der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Berlin-Dahlem, soeben herausgegebene Flugblatt Nr. 66: „Gegen die Rattenplage“ von Regierungsrat Dr. Martin Schwarz bringt bei aller Knappheit der Darstellung genügend ausführliche Anweisungen zur praktischen Rattenbekämpfung und ist deshalb zu empfehlen; es kann von der Reichsanstalt, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 19 gegen Vereinfachung des Betrages (Postcheckkonto Berlin 75) bezogen werden. Einzelpreis beim Bezuge von 1—100 Stück 0.20 M., beim Bezuge von 101—1000 0.15 M. Kosten für Porto und Verpackung (bei 1—5 Stück 25 Pf., 51—100 Stück 1.30 M., 101—500 Stück 4.70 M.) müssen miteingekalkuliert werden.

Grundstückverkauf des A.D.B. In zwei Sitzungen hat die Bezirksversammlung 15 in Treptow den Verkauf eines Grundstücks an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund beschlossen. Das 3680 Quadratmeter große Grundstück liegt neben der Matern-Stiftung an der Ecke der Hoffmannstraße und Straße II in Treptow, gegenüber der Fabrik Stadt (im Schließlichen Busch). Der Verkaufspreis beträgt 45 M. pro Quadratmeter, außerdem ist ein Kallgeberbeitrag von 70 000 M. zu zahlen. Der A.D.B. will bis zum 1. April 1922 dort ein Bureauhaus errichten.

Siedlungsweesen in der Volkshochschule Groß-Berlin. Der von Reg.-Baumeister Schöly angeforderte Kursus über „Siedlungsweesen“, der für die Lehrstätte Wilmersdorf, Ullandstr. 91/92, vorgesehen war, wird im Institut für Arbeiterkunde, Georgenstr. 34/36, abgehalten werden. Der Kursus findet an jedem Mittwoch von 7 1/2 bis 9 Uhr abends statt. Beginn 26. Oktober.

Internationaler Bund aller Kriegsoffer. Ortsgruppe Pichensee. Dienstag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr, in der Equitana, Parkstr. 10/11, Wilmersdorf. Generalsversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Ohne Mitgliedskarte kein Einlaß.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Amos wärmer bei ziemlich heftigen südwestlichen Winden und wieder zunehmender Bewölkung; nachher Regen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 26. Oktober:

11. Ust. (1. Ust. 33). Die 10. Sitzung angelegte Verlesung 1921. 48. Ust. Schwerhörige. Bei Reimer, Kommandantenstr. 46, Vortrag: Die Fiktion der Tauschwaren.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Buchdrucker.

Am Montag fand wieder eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer in der „Neuen Welt“ statt. Auf der Tagesordnung stand die Besetzung der aus dem Abkommen Raffini-Heeneemann entstandenen Differenz. Raffini referierte und führte aus: Die letzte außerordentliche Generalversammlung hat einen Antrag des Kollegen Fiedler angenommen, der die Besetzung der aus dem Abkommen mit Heeneemann entstandenen Differenz verlangt. Heute haben wir nun mit den Prinzipalen verhandelt und von ihnen verlangt, von jetzt an schon den sonst nach drei Wochen fälligen Zuschlag von wöchentlich 25 M. zu zahlen und statt der gestaffelten Beiträge des Abkommens mit Heeneemann einen einheitlichen Betrag von 15 M. für alle Kollegen zu bewilligen. Mit der sofortigen Zahlung der 25 M. waren sie einverstanden, andererseits wollten sie aber den Betrag von 15 M. nicht zahlen. Nach etwa fünfständiger Verhandlung haben sie sich endlich bereit erklärt, einheitlich 8 M. zu bewilligen und somit allen in gewissem Maße stehenden Kollegen 25 und 8, also 33 M. wöchentlich zu gewähren. Wir waren auf 10 M. (statt 8) stehengeblieben, die Prinzipale waren aber nicht zu bewegen, auf das Mehr von 2 M. einzugehen. Auch die Hilfsarbeiter sollen den Betrag von 8 M. erhalten. Da der Tarifausschuss sich schon bald mit tariflichen Fragen beschäftigen wird und die Forderungen der Resolution Fiedler durch das Angebot erfüllt sind, hat sich der Gewerkschaftsrat für den Vorschlag erklärt. Nach einer stundenlangen Aussprache, in der auch Fuchs, der Obmann des Betriebsrats der Firma Rosse, zur Auffassung über verschiedene Fragen das Wort nahm, und ein Schlusswort Raffini die Aufklärung vervollständigt hatte, wurde das Ergebnis der Verhandlung gegen einzelne Stimmen von der Versammlung gebilligt.

Aus dem gelben Sumpf.

Die gelben Werkvereine wurden bei Ausbruch der Revolution im November 1918 der offenen Flegel ihrer kapitalistischen Mutter entrissen. Aus Angst vor dem Jörn der sich aufbäumenden Arbeiter ließen die Industrien ihre gelbe Brut fallen und übergaben sie im stillen der Obhut ihrer politischen Organisation, der Deutschen Volkspartei, unter dem Namen „Deutscher Arbeiterbund“ und „Gewerkschaftsbund nationaler Angestellter“. Folgendes Schreiben eines gelben Sekretärs an den Direktor eines größeren Betriebes zeigt recht treffend das wahre Gesicht dieser elenden Geschlechts. Der Brief lautet wörtlich:

„Sehr geehrter Herr Direktor!

Erlaube mir folgende Mitteilung an Ihnen ergehen zu lassen! Aus Ihrem Bekanntheitskreis habe ich in Erfahrung gebracht, daß Sie in der Lage sind, mir aus den Reihen der Deutschen Volkspartei Mitglieder nennen zu können, welche eventuelle für eine nationale Angestellten- und Arbeitergewerkschaft zu gewinnen sind. Der deutsche Arbeiterbund und Gewerkschaftsbund nationaler Angestellter hat seit einigen Wochen den unteren Kreis Solingen in Opfaden eine Verwaltungsteile errichtet, worin ich als Sekretär tätig bin. Um nach außen hin unsere nationale Sache ausbauen zu können, bedarf ich die Unterstützung nationaler und einflussreicher Herren, welche mir aus ihren Kreisen Angestellte und auch Arbeiter nachhaft machen, um diese für unsere nationale Gewerkschaft gewinnen zu können.

Ein großer Teil aus dem unteren Kreise Solingen habe ich schon mit Erfolg bearbeitet, wobei mir die Arbeitgeber sehr großzügig unterstützt haben.

Auch möchte ich nun von hier aus an Ihnen höchlichst die Bitte richten, mich nach Möglichkeit bei meiner Werbung zu unterstützen, damit die Arbeitererschaft endlich einmal wieder zu Deutschen denken wachgerufen wird, so daß wir bei den nächsten Wahlen mit einer größeren Stimmenmehrheit als bisher aus dem Wahlkampf hervorgehen können.

Bitte zum Schluß höchlichst mein Schreiben (und das „Deutsch“ des „Treudeutschen“ Red.) entschuldigen zu wollen und verbleibe mit treudeutschem Gruß

Hochachtungsvoll Josef Göbel.

Inhalt und Stil dieses Briefes zeigen, was für Menschen auf die Arbeiter losgelassen werden. Und dieses Geschmeiß mag es, sich als Vertreter — der Arbeiter, und Angestelltenchaft zu bezeichnen.

Die Arbeitslosigkeit im Bekleidungs-gewerbe.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband berichtet über den Stand der Arbeitslosigkeit am 1. Oktober folgendes: Es haben 165 Filialen mit 93 885 Mitgliedern berichtet. In 92 Filialen waren Arbeitslose oder verfürgt Arbeitende nicht vorhanden. In 73 Filialen mit 82 737 Mitgliedern 2091 Mitglieder gleich 2,4 Proz. arbeitslos. Verfürgt arbeiteten 984 Mitglieder gleich 1,2 Proz.

Im 3. Vierteljahr 1921 waren 3289 Mitglieder arbeitslos. Die Zahl der Arbeitslosentage betrug 115 091. Erwerbslosenunterstützung bezogen 1492 Mitglieder. Die Zahl der Unterstützungstage

betrug 40 375. Die Summe der Unterstützung betrug für männliche Arbeitslose 35 745,69 M., für weibliche 22 347,65 M., zusammen 58 093,34 M. — Seit Einführung der Arbeitslosenunterstützung, dem 1. Januar 1921, sind 241 572,68 M. an Unterstützung gezahlt worden.

Beginn des Eisenbahnerstreiks in Amerika.

Die angekündigte Streikbewegung der amerikanischen Eisenbahner beginnt sich zu verwirklichen. Mehrere hundert Eisenbahner traten auf der International and Great Northern Railway in Streik. Dieser Teilstreik kann als das Signal zum Generalstreik betrachtet werden. Die Gesellschaft erklärt sich bereit, auf Getreidefrachten 10 Proz. Nachlass zu gewähren. Man erklärt, falls diese Maßnahme verallgemeinert würde, könnte der Streik vielleicht vermieden werden, da die Herabsetzung der Getreidefrachten eine der wichtigsten Bedingungen wäre, um zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Die Telegraphenangestellten bei der Eisenbahn stimmen nach einer A.B.W.-Redung aus Chicago für den Streik. Dieser soll am 30. Oktober beginnen.

Die Vereinigten Magazinarbeiterverbände, die mit im Amerikanischen Arbeiterverband zusammengefaßt sind und rund 600 000 Mitglieder zählen, lehnten es ab, in einen Sympathiestreik zugunsten der Eisenbahner einzutreten. Der Präsident der Magazinarbeiterverbände, die ein Viertel der amerikanischen Eisenbahnarbeiter umfassen, erklärte, daß diese die Entscheidung des Arbeit-amtes abwarten würden.

Zur Lage im Gastwirts-gewerbe erhielten wir folgenden Beitrag: „Der Gastwirt Zipper, Brunenwald, will keine organisierten Kellner und nicht Frauen aus.“ Er beschäftigt zwei ständige Frauen, von denen eine in seinem Hause in Logis ist, während die zweite „ständige“ Kraft sich ständig bereit halten und täglich telephonisch anfragen muß — auf ihre Kosten —, ob für sie zu tun ist. Sie bekommt dafür monatlich 90 M., wovon sie Versicherungsbeiträge und event. Fahrgehd sowie Steuern zu zahlen hat. Während der Sommermonate, teilweise auch im Winter, werden außer den ständigen noch mehrere Hilfskräfte mit 5 M. täglich beschäftigt, bei einer Arbeitszeit von Sonntags 8 Uhr früh bis 11 1/2 bezw. 1 Uhr nachts. Auf alle Speisen und Getränke werden 10 Proz. Zuschlag erhoben, wovon jedoch diese Kellnerinnen nur von hiesigen Bieren 10 Proz. erhalten, im übrigen jedoch nur 2 bis 5 Proz. Als diese Angestellten infolge des Streiks die 10 Proz. allgem. forderten, lehnte dies Herr Z. ab. Er wollte die 10 Proz. nur zahlen, wenn sich die Angestellten verpflichten, von den 10 Proz. das Küchenpersonal zu bezahlen. Das lehnten die Frauen ab.

Das ist es ja eben, was die Angestellten bei dem „Bedienungsgeld“ mit Recht befürchten: daß die Prozente nach Willkür gekürzt werden, sobald sie erst einmal eingeführt sind.

Wirtschaft

Gegen Verbrauchssteuern und Leuerung.

Die Konsumtenkammer für die Provinz Brandenburg beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit den kommenden Steuererträgen und im besonderen mit den Auswirkungen der indirekten Steuern auf die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Konsumtenkammer der Provinz Brandenburg erhebt gegen die von der Reichsregierung geplante Erhöhung der Verbrauchsabgaben, besonders aber gegen die Umsatzsteuererhöhung, den schärfsten Einspruch. Die geplante Erhöhung der Verbrauchsabgaben ist die denkbar unsozialste Besteuerung der Staatsbürger und würde die Lebensinteressen breiter Schichten im höchsten Maße gefährden. Zur Ausbringung der vom Reich benötigten Mittel ist in erster Linie der Besitz und weiter jeder Staatsbürger seinem Einkommen entsprechend heranzuziehen. Anstatt Erhöhung der Verbrauchsabgaben verlangt die Verbraucherkammer Abbau dieser, wie Steuerfreiheit der gemeinnützigen Verbrauchervereinigungen.“

Ein weiterer Beratungsgegenstand war die Stellungnahme zu den Preissteigerungen. Hierzu wurde beschlossen, an die zuständigen Behörden, gesetzgebenden Körperschaften und die Parteien in denselben eine Eingabe zu richten, in der einschneidende Maßnahmen gefordert werden, durch die die landwirtschaftlichen Erzeuger gezwungen werden, Kartoffeln zu annehmbarem Preis zum Verkauf zu bringen, damit die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung vor der drohenden Not geschützt wird. Die Behörden sollen aufgefordert werden, nötigenfalls die Beschlagnahme der Kartoffeln herbeizuführen und die Wuchergesetze rückwirkend zur Anwendung zu bringen. Selbstverständlich ist die Ausfuhr von Kartoffeln nach dem Zustande wirkungslos zu unterbinden.

Die Kurse der ober-schlesischen Papiere.

In ganz Deutschland ist die Meinung verbreitet, daß der Polen ausgefischte Teil Oberschlesiens von schwerer wirtschaftlicher Gefahr bedroht ist. Die Börse geht an dieser Gefahr vorbei. Die Kurse der ober-schlesischen Papiere machen die hauffe,

die die Entwertung der Mark begleitet, mit. Nachstehend ist eine Uebersicht von Aktienkursen solcher Unternehmungen gegeben, die von der Polonisierung ganz oder teilweise betroffen werden.

	5. 10.	24. 10.
Leunahütte	675	651
Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb	543	585
Oberschlesische Eisenbahndarstellung A.-G. Gleiwitz	700	955
Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. Gleiwitz	670	966
Hohenslowitzer A.-G.	528	570
Schlesische A.-G. für Bergbau und Zinkhütten	1420	1750
Oberschlesische Kokswerke	989	1235

Bemerkenswert ist, daß die Aufwärtsbewegung der ober-schlesischen Aktien erst in den letzten Tagen wieder einsetzte, nachdem vorher ein Rückschlag eingetreten war. Zu einem Teil ist sie durch Kapitalerhöhungen begründet, zum anderen aber führt man sie auf Rückgang des Auslandes zurück, das natürlich noch der Valutaverschlechterung wüthendes hohe Preise für den Erwerb der Papiere ausgeben kann. Wie dem auch sei: es zeigt sich hier wieder einmal, daß das theoretische Urteil von der wirtschaftlichen Bedrohung Oberschlesiens mit den Tatsachen, die die Börse ihrer Bewertung der Papiere zugrundelegt, nicht übereinstimmt. Könnte doch auch das Ausland den Oberschlesierwerten kein Interesse entgegenbringen, wenn diese keine Aussicht auf Rentabilität hätten. Trifft das aber zu, so ist mit vorzeitigen Schlüssen über die wirtschaftliche Zukunft Oberschlesiens Voreil geboten.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Südb. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Kl. 2. Ziehungstag. 24. Oktober 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die obere gleichwertige Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr.	Nachdruck verboten.
In der Vermittlungskategorie wurden Gewinne über 400 Mark gezogen	
20 M 5000 M 12621 26589 27172 84389 126527 160244 206766 210442 229157	
116 M 3000 M 2304 10340 12942 14292 14859 16019 19047 20015 21767 24278 26752 28119 29202 4235 52431 60126 68151 68212 558-4 88851 84105 67027 67647 69338 70592 94280 97129 108013 119162 124488 124718 128604 146405 151263 164815 165559 178278 179311 189085 192598 202006 210181 223085 230739 237003 241266 244091 262723 268490 268816 272701 274453 278372 279192 289880 289266 288424 290291	
568 M 1000 M 1743 2077 6761 6906 0111 7184 7501 8767 15014 15662 18295 18599 18724 21431 21046 22407 22788 23888 23702 24123 24293 25199 25923 30372 35591 37205 38789 40304 41421 44448 45437 47023 47999 48338 48556 55928 55583 57108 61106 61664 62854 64144 65340 66568 67126 71823 73530 77927 78764 80166 81606 83169 89088 89447 89216 90781 92721 92724 94285 94535 96088 96989 98776 98429 97500 100488 101197 102335 102761 108188 108718 108889 111006 112888 116184 117963 120736 120893 124636 124689 125227 126184 127707 128188 129332 130928 130908 131847 135188 135911 136295 138221 142850 146911 146441 146810 146826 148995 149029 151794 153154 154736 157450 174600 167704 180156 160769 169822 171003 171766 173714 174487 175481 175522 176470 180267 182114 182384 183599 186638 187619 187711 187830 191583 194413 19-886 195274 199003 201501 202917 213892 216228 216991 217123 217430 218746 218350 219286 221150 223236 224236 226400 226303 228219 233780 233787 234389 235629 239811 242211 246098 247145 249067 263333 263964 264437 264962 265909 266648 26-869 268135 268339 268906 261095 268419 268989 268612 268408 269309 271435 276729 278912 276102 276472 276514 278650 280774 281473 283411 284320 289319 289641 284304 290538	
In der Nachmitagskategorie wurden Gewinne über 400 Mark gezogen	
2 M 8000 M 209986	
2 M 4000 M 120934	
2 M 3000 M 81036	
2 M 1500 M 208828	
6 M 1000 M 27039 280297 285764	
18 M 5000 M 44222 44968 69829 112818 129781 268194 270271 281008 287408	
60 M 3000 M 6185 11246 51470 61918 62377 68801 71198 73872 81304 89886 102854 104167 105369 107273 111899 117879 126736 126982 140268 116408 161658 160878 163147 178716 180218 184037 187149 189231 196429 200592 209248 22040 226448 236083 239099 239310 239322 236886 237648 239724 247100 247681 250151 250904 278155 284974 285396 293657 293791 400 M 1000 M 1481 3518 4501 11098 11288 16182 19374 22907 22954 23727 23545 24811 28031 28393 28895 287456 30167 30299 33352 34127 37651 39690 39177 39190 41020 42414 47285 48118 48422 49043 50119 52106 53214 52926 52809 53883 64273 65113 66489 69548 80324 83366 84223 66846 66870 60733 68108 68213 71713 74909 74928 76407 78009 80216 81705 80797 80799 89457 91334 91400 91589 91786 96-77 98239 101578 109900 104098 104831 105979 106920 107494 109370 110059 110475 115928 116217 116-99 120497 121679 123881 124782 128224 129704 130544 130618 131019 131694 131954 134-96 138094 138200 139676 137064 137044 138970 140151 140574 140864 142112 143918 14487-8 144831 146801 147601 147889 148694 149038 151779 159909 164770 158006 160048 160743 163771 165131 168057 166110 166149 167218 168612 168757 169104 171207 172010 173478 173781 173782 179934 180491 183110 189911 189912 192692 193164 193665 194718 193665 198310 193784 198331 199995 200180 200816 201331 201781 202371 203926 204012 210635 217244 217450 217658 218398 219173 219322 228992 230602 248763 227456 230-920 239191 239327 233377 234903 235842 238-23 239-83 238696 241179 248412 248508 248650 247968 248710 249364 250528 254593 265484 265378 266300 267310 267543 268040 268080 267876 268794 270381 270390 270999 271777 275232 278434 278613 282073 284216 287367 292991 293297 149326 193719 294306	

Die in dem vorliegenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterien-Einnahmern zur unentgeltlichen Einsicht anliegen.

Höhensonnen- Behandlung Haus Oranien

Verband d. graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
Ortsverwaltung Berlin

Achtung! Achtung!
Mittwoch, den 26. Oktober, abends 5 1/2 Uhr
bei Hennlag, Alexanderstr. 44:

Berufung der Buchdruck-Funktionäre
Tagesordnung:

Bericht von den Berliner Verhandlungen
Höchstliches Erscheinen erbetet
47/20 Der Ortsvorstand: Gustav Grobmann

Metall-Bettstellen
Kinderwagen
Bettfedern
Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 38
Ecke Mahlower Str.

Fabrik f. Rohbrett., Aufzugmatratz., n. Feld bettetell
Fabrikpreise. Lieferung frei Haus

Brillanten Gold- und Silber-Bruch
sind bei der heutigen Valuta
große Werte!
Verkaufen Sie im eigensten Interesse
gerichtlich heiligten Sachverständigen
Otto Köppen, Juwelier
Gr. Frankfurter Str. 105 (9-11 Uhr)

Der unübertreffliche
Oktober-Spielplan

GOLD-SILBER-PLATIN
Silber-Zentrale
Goitzkowskyst. 13

Klavier oder Flügel
nicht ohne Güter, Oben-
straße 8, Rohl. 1154, Gsmol.

Marken-Zigaretten
Krüger & Co., Straßburgerstr. 32
(Moikenmarkt) Mpl 8096

Kreuz-, Silber-, Zobelstichse
von 175 Mark an
Pelzhaus Jägermann
Oranienstraße, Ecke Prinzessinnen-
straße 14, am Moritzplatz.

Brillanten
Kinge, Schmuckstücke jeder Art, große, wertvolle Juwe-
liere, Brillanten, Perlen, Schmuckstücke, sind zu jedem
hoch. Auszahlung u. zahlen i. große, reine Steine
direkte Abnehmerpreise, da wir eine einträgliche
direkte Vertriebs- und haben Verkauf auch mit Rück-
kaufrecht (Kauf, Konsumiert). Ferner zu sehr
hoch. Preisen Goldbruch, Uhren, Ketten, Platin, Gold-
und Silbergegenstände, Wanduhren, Uhren ein und
zwei, u. große Verluste erziel. Sie, wenn Sie nicht
zu uns kommen, große Enttäuschung haben Sie iteto,
wenn Sie die niedrig. Angebote anderwärts hören.
„Berl. Juwelen-Bewertungsstelle“
Hoch Publikum selbst als eine höchstwahrscheinliche Stelle
anerkannt haben: Altkaufr. 92, erst. Haus von der
Postdammer Str. 66, öffentl. u. 7 Uhr. 21000 2160

Haut-, Geschlechts-
Unreinlichkeiten, Syphilis, Leish u. v. a.
erleidet, bei Männern und Frauen; ohne
Beschuldigung, Heilungsmittel über 30 Jahre
denn durch Hunderte Geheilte. — Sprech-
u. Behandlungszeit: 9-11, 4-7 Uhr, Sonntag:
9-11 — Heilungsmittel i. elektro-physik. und Licht-
Therapie u. Natur-Heilmethoden. Berlin SO 10
Friedrichstr. 10 b (Bahnhof Jannowstraße)

Arbeiter-
Notizkalender
1922
in festem, mit künstl.
Vignette verziertem
Einband
Das unentbehrl. Taschen-
buch des organisierten
Arbeiters, Angestellten
u. Beamten. Textlich neu
ausgefaßt u. erweitert.
Preis Mk. 4,50 gebunden.
Buchhandlung
VORWARTS
BERLIN SW 68
LINDENSTRASSE 2

Möbel
zu niedrigen Preisen
bereit an Privat
Kleinannehmern.
Schloß, 1895-1926
Spelles, 1710-1867
Spreng, 1733-1794
Spreng, 1878-1890
Stähem, 445-1886
Diese sechs Lager
enthalten 100000 Sachen
Möbelhaus Rejewske
Berl., Babr. 66

Erstklassige
Putzmacherinnen
Spezialarbeiterinnen
auf
Lederhüte
Sporthüte
Linonformen
Kinderhüte
Backfischhüte
Trauerhüte
elegante Damenhüte
— Modellgenre —
werden auch Halbtage bei gutem
Einkommen dauernd beschäftigt.
Meldung sofort bei
Damenhuthaus
Joseph Cohn & Co.
114 Brunnenstr. 114